

Flüchtlingskrise und Willkommenskultur

- 1) *Zunächst: „Flüchtlingskrise“ ist nicht, wenn massenhaft Menschen fliehen und dabei unkommen. Eine „Flüchtlingskrise“ rufen die mittel- und nordeuropäischen Staaten und besonders Deutschland aus, weil es Flüchtlingen neuerdings in erheblicher Zahl gelingt, auf ihren Hoheitsgebieten anzukommen. Eine Flüchtlingskrise gibt es also dann, wenn relevante Staaten wie Deutschland ein Problem mit den bei ihnen ankommenden Flüchtlingen haben.*

Dass eine große Menge an Flüchtlingen versucht, Europa und vielleicht besonders die „reichen“ Staaten Deutschland, Frankreich, England und Schweden zu erreichen, ist bereits seit einigen Jahren der Fall. Europas Antwort darauf war stets: Abschottung – mit vielen Abwehrmaßnahmen sollte zunächst die „Festung Europa“ an ihren Außengrenzen vor dem Ansturm der Flüchtlinge geschützt werden. Dafür gab es seit 2004 Frontex (eine „Agentur“, die für die Zusammenarbeit der EU-Staaten im Grenz- und Küstenschutz zuständig ist); 1997 haben die EU-Staaten das Dublin-Abkommen geschlossen, dem auch die Nicht-EU-Staaten Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island beigetreten sind. Diesem Abkommen zufolge muss jeder Asylbewerber im Land seiner Einreise Asyl beantragen und das Verfahren dort durchlaufen. Konsequenz dieser EU-Flüchtlingspolitik sind über 20.000 Tote in den letzten 20 Jahren im Mittelmeer und hoffnungslos überfüllte Aufnahmelager in Griechenland und Italien.

Das alles war und ist nach Auffassung der Bundesregierung *keine* Flüchtlingskrise – die gibt es nach ihrer Auffassung erst seit dem Sommer 2015. In diesem Jahr zeichnet sich nämlich immer stärker ab, dass die Flüchtlinge es trotz aller Abwehrmaßnahmen in immer größeren Mengen schaffen, Europa zu erreichen und nicht nur das: Sie kommen nach Zentraleuropa und wollen vorzugsweise nach Deutschland (oder Schweden). Seitdem spricht die Bundesregierung von einer Flüchtlingskrise und hat die Zahl von 800.000 erwarteten Flüchtlingen für dieses Jahr in die Welt gesetzt.

Die „Flüchtlingskrise“ ist also nicht mit dem Leid der Flüchtenden zu verwechseln. Bei der Flüchtlingskrise geht es nicht um die Probleme der Flüchtenden, sondern um die Probleme der BRD mit den Flüchtenden.

- 2) *Dass so viele Menschen auf der Welt auf der Flucht sind, ist Ausdruck der politischen und ökonomischen Weltlage und zeugt von ziemlich viel Zerstörung der Welt:*
 - a) In vielen Herkunftsstaaten Afrikas sorgt der Einbezug der ehemaligen Kolonien in den Weltmarkt dafür, dass für die Bevölkerung dort die Lebensgrundlagen immer schlechter werden. Das gleiche gilt für einige Staaten des früheren Ostblocks (Beispiel Albanien). Weder die kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Fischerei noch die wenigen Industrie-Unternehmen sind der Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewachsen; oft werden die bisherigen Bewohner und Nutzer des Landes auch schlicht vertrieben, weil Plantagenwirtschaft, Rohstoffgewinnung oder Tourismusindustrie für ihre Regierungen lohnender ist als nur ihr Überleben. In Afrika südlich der Sahara zählt die UNO 206 Millionen Hungernde. Zu den ökonomischen Gründen für Flucht treten politische: Die in den Drittweltstaaten auftre-

tenden Verteilungskämpfe um die wenigen Reichtumsquellen, die es in den Ländern gibt, machen Korruption und politische Machtkämpfe zu einem Dauerzustand; oft entspringen daraus andauernde Bürgerkriege, in denen die Menschen ethnisch oder religiös gegeneinander aufgehetzt werden.

- b) Die Weltordnungskriege des Westens haben den Nahen und Mittleren Osten aufgemischt (Irak, Afghanistan). Die westlichen Interventionen bei den Arabellion-Aufständen (das sind zunächst die Länder Tunesien und Ägypten, in denen Armutsaufstände die alte Herrschaft unter westlichem Beifall weggefegt haben; dann hat der Westen ähnliche Oppositionelle in Libyen und Syrien mit Waffen bzw. Militäreinsätzen massiv unterstützt, um die unliebsamen Herrscher Gaddafi und Assad zu stürzen) haben dazu geführt, dass auch in Staaten wie Libyen und Syrien das staatliche Gewaltmonopol zerfällt und die mit westlichen (deutschen!) Waffen ausgerüsteten Islamisten die Lebensgrundlagen von Millionen zerstören.

Anrainerstaaten dieser Kriege wie Jordanien und Libanon tragen die Hauptlast der Flüchtlinge. Libanon (dort sind über 1,6 Millionen Flüchtlinge) und Jordanien (dort etwa 700.000) nehmen bezogen auf ihre Einwohnerzahl bei weitem die meisten Flüchtlinge auf: Libanon 239 und Jordanien 87 pro 1000 Einwohner.

Türkei, Libanon, Pakistan, Iran, Äthiopien, Jordanien nehmen zusammen etwa 46% aller Flüchtlinge auf. Es folgen Kenia, Tschad, Uganda und China (zusammen 11%); insgesamt finden 86% der Flüchtlinge Aufnahme in Entwicklungsländern.

In diesem Jahr hat sich dabei folgendes verändert:

- Die Türkei unterhält große Flüchtlingslager für Leute aus Irak, Syrien und Afghanistan, lässt inzwischen aber viele nach Europa weiterziehen. Die türkischen Gründe dafür liegen in den Differenzen zwischen EU und Türkei (Erdogans Auftreten gegenüber EU-Ländern, türkisches Kampfprogramm gegen Syrien und gegen die Kurden, EU-Kritik daran, die sie an Erdogans Umgang mit Demonstranten, Oppositionellen und Presse festmacht); die Türkei steht deshalb nicht mehr zur Abmachung, die Flüchtlinge des Nahen Ostens gegen die zugesagte (und bisher nicht umgesetzte) Visumfreiheit für Türken in der EU aufzunehmen.

- Libanon und Jordanien sind angesichts mangelnder finanzieller Unterstützung (UN-Bericht) immer weniger dazu in der Lage, die Flüchtlinge auch nur zu ernähren, geschweige denn, ihnen bessere Unterbringung zu organisieren, den Kindern Schulunterricht zu gewährleisten etc. Deshalb versuchen viele der Flüchtlinge nach Europa weiterzufliehen und vergrößern die Menge, die über die Türkei nach Westen will.

- c) Dann landen die neuen Flüchtlings-Massen in den EU-Außenstaaten, vor allem Griechenland und Italien. Diese haben gemäß der Dublin-Verträge die Aufgabe, jeden Flüchtling dort, wo er zuerst europäischen Boden betritt, zu registrieren und das Asylverfahren durchzuführen; gegebenenfalls – wenn er aus humanitären Gründen nicht zurückgeschoben werden soll, müssen sie ihn als „geduldeten“ Menschen behalten. Die ökonomische Konkurrenz in der EU hat allerdings viele süd- und südosteuropäischen Länder selbst verarmt; auf Basis der finanziellen Folgen der Euro-Krise sind vor allem *Griechenland* und *Italien* nicht mehr fähig und nicht mehr willens, die Flüchtlinge, die immer massenhafter anlanden, aufzunehmen.

Italien bspw. hat nach den Lampedusa-Toten im Herbst 2013 versucht, mit Hinweis auf die von allen betränte Tragik des Geschehens eine Verteilung der Flüchtlinge in die europäischen Staaten anzuregen bzw. wenigstens finanzielle Unterstützung zu bekommen. Das wurde ihm verweigert, insbesondere durch die deutsche Regierung. Italien hat aus Protest gegen die EU/Deutschland-Politik die Flüchtlinge nicht mehr (wie vereinbart) festgehalten, sondern teilweise sogar explizit mit Fahrkarten nach Deutschland ausgestattet („Lampedusa in Hamburg“).

Italien hat danach übrigens auf eigene Kosten die „Mare-nostrum-Aktion“ betrieben, mittels derer nach italienischen Angaben 150.000 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet wurden. Diese Aktion wurde von der EU finanziell nicht mitgetragen und schließlich beendet, weil die hohen Zahlen als Ausdruck von zuviel Anreiz für die Flucht interpretiert wurden. Deutschland war dabei federführend beteiligt, dass „Mare nostrum“ durch „Triton“ ersetzt wurde, so dass wieder die Abschottung und die Schleuserbekämpfung in den Vordergrund gestellt wurde.

Griechenland hat im Frühsommer 2015 weitgehend die Registrierung von Flüchtlingen eingestellt und lässt diese ziehen (deren Stationen waren dann Mazedonien, Serbien, Ungarn...). Ähnlich handelt inzwischen Bulgarien, das eine Ausweichroute zu Griechenland darstellt.

- 3) *Insofern ist die bisherige europäische Flüchtlingspolitik „gescheitert“, wie Angela Merkel feststellt: Dass die Opfer der ökonomischen Weltmarkterfolge Deutschlands und der westlichen Weltordnung durch die EU-Außenstaaten und das Dublin-Verfahren bisher zuverlässig von der Mitte Europas (Deutschland, Frankreich) ferngehalten wurden bzw. schnell zurückgeschickt werden konnten, funktioniert nicht mehr.*

Zwischenfazit: Die Flüchtlinge sind *Produkt* der ökonomischen und politischen Interessen der erfolgreichen Staaten, durchaus federführend auch der Bundesrepublik und ihrer westlichen Verbündeten. Und sie sind *Mittel* in der Konkurrenz der Staaten – hier zunächst einmal der Länder an den Außengrenzen der EU, die ihre bisherige Funktion, die Flüchtlinge aufzuhalten bzw. zu kasernieren, aus verschiedenen Gründen kündigen. So sind die Flüchtlinge im Sommer 2015 immer mehr auf dem Weg nach Deutschland.

- 4) *Deutsche Optionen angesichts dieser Lage (die also Ausdruck seiner ziemlich erfolgreichen ökonomischen Benutzung der Welt und der EU-Staaten ist!):*

- a) *Abschiebung der Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer:* Damit würde Deutschland gegen die Genfer Konvention verstoßen, der es 1951 beigetreten ist. Die Genfer Konvention ist die Regelung der Flüchtlingsfrage, zu der sich die Staaten nach dem 2. Weltkrieg verständigt haben. Die Staaten gehen darin davon aus, dass Kriege und Bürgerkriege zu ihrer Weltordnung gehören und sie gehen davon aus, dass dadurch stets Flüchtlinge heimatlos gemacht werden. Ferner gehen sie davon aus, dass weder sie selbst noch dritte Staaten diese Menschen haben wollen, d.h. sie werden als „Last“ der Auseinandersetzungen zwischen den Staaten begriffen. Sie regeln dieses „Faktum“ so, dass sie Flüchtlingen, die ihr Staatsgebiet erreichen, den Schutz ihres Lebens garantieren, sie insbesondere nicht in ihre Heimatländer zurückschicken, wo ihr Leben bedroht ist, sie aber auch nicht in dritte Staaten weiter zu schieben. Das ist der Gehalt des humanitären Flüchtlingsrechts.

Die Verpflichtung auf die Genfer Konvention ist Teil allgemeiner Völkerrechtsverpflichtungen, die die modernen Staaten miteinander eingehen, um auf dieser Grundlage ihre ökonomischen und politischen Interessen auf der Welt wahrzunehmen. Ein Land wie Deutschland will an dieser Weltordnung teilhaben – diese Teilhabe wegen der jetzt anfallenden Kosten für Flüchtlinge zu kündigen, ist keine Option. Im Gegenteil: Deutschland will, dass die Flüchtlinge, die auf Basis des in Punkt 2 besprochenen Zustands der Weltordnung in immer größerer Zahl anfallen, sozusagen „geordnet“ verwaltet werden – eine regelrechte *Weltelendsverwaltung*.

Ergänzung zur Genfer Konvention:

Das „humanitäre Flüchtlingsrecht“ regelt also vergleichbar zum staatlichen Umgang mit dem durch die Marktwirtschaft produzierten Elend (Obdachlose, Drogenabhängige usw.) die „unvermeidlichen Opfer“ der Weltgeschäfte und der Waffengänge. Dass es sie gibt, unterstellen die Staaten und vereinbaren einen Umgang, damit sie die Fortsetzung von Geschäft und der dafür notwendigen Gewalt auf dem Globus so wenig wie möglich stören. Ihr Leben soll ihnen garantiert werden, aber sie sollen möglichst nicht über x-beliebige Grenzen wandern und illegal in irgendwelche Staaten abtauchen, sondern sich in entsprechenden Lagern mit schneller Rückkehroption aufhalten oder geordneten Aufnahmeverfahren unterziehen.

Deutschland setzt insofern auf die weitere Einhaltung der Genfer Konvention durch die Staaten dieser Welt (weiter dazu Punkt 5) und will sie keinesfalls von sich aus kündigen, sondern sich ganz federführend daran beteiligen.

(Ergänzende Informationen:

Das eigentliche Asylrecht, das die Bundesrepublik im Grundgesetz Art. 16 a regelt, gilt „politisch Verfolgten“ (also ausdrücklich nicht Leuten, die ihre Heimat wegen Armut verlassen! Sie gelten als „Wirtschaftsflüchtlinge“, was kein anerkannter Asylgrund ist.). Damit setzte sich die junge Bundesrepublik nach dem 3. Reich moralisch ins Recht als „gute Staatsmacht“ und machte dieses Recht in den folgenden Jahren geltend gegen ihr missliebige Staaten, vor allem die sozialistischen Länder. Deren Dissidenten wurden als „politisch Verfolgte“ anerkannt und das sollte die jeweilige Staatsmacht als undemokratisch de-legitimieren. Nach der Auflösung des kommunistischen Ostblocks hatte sich die politische Nützlichkeit dieses Rechts zu einem großen Teil erledigt; da auch damals Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostblockstaaten und Afrika in relativ großer Zahl nach Deutschland kamen, wurde das Asylrecht 1993 erheblich eingeschränkt.

Die meisten Flüchtlinge, um die es momentan geht, streben Asyl allerdings nicht als „politisch Verfolgte“ an, sondern als Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge – also nach der Genfer Konvention.

Ein Teil der Flüchtlinge wird dabei noch anders – als sog. „Kontingent-Flüchtlinge“ – aufgenommen; das sind Flüchtlinge, die ein Staat ohne individuelle Prüfung auf Basis einer klaren Kriegs- bzw. Bürgerkriegssituation in von ihm bestimmter Zahl aufnimmt (sie haben dann keinen individuellen Rechtsanspruch auf Aufenthalt, sondern hängen ganz an der Entscheidung der Staaten, wie lange er sie bei sich duldet; das waren etwa die Flüchtlinge der Jugoslawien-Kriege, die dann zurückgeschoben wurden und das sind heute auch eine begrenzte Zahl von Syrern.)

- b) *Eine Rückführung in Länder, aus denen sie eingereist sind* (das wäre die Option nach dem Dublin-Abkommen, das sämtliche EU-Länder zu „sicheren Drittstaaten“ zählt) – funktioniert nicht – schließlich haben diese Länder die Flüchtlinge ja ziehen lassen. Zudem ist wegen der fehlenden Registrierung nicht zweifelsfrei festzustellen, wo die Flüchtlinge erstmals EU-Boden betreten haben. Im Fall Griechenland praktiziert Deutschland eine Rückführung dorthin wegen der bekannt schlechten Zustände bereits seit mehreren Jahren nicht mehr.

- c) *Eine Schließung der deutschen Grenzen* (wie es Ungarn mit Hinweis auf das Dublin-Abkommen praktiziert hat) wollen die deutschen Politiker keinesfalls, weil das ein Ende des „Schengen-Abkommens“ und der europäischen Freizügigkeit im Personen- und Warenverkehr bedeuten würde. Diese Freizügigkeit ist aber ein wichtiger Bestandteil für Deutschlands Geschäfte in Europa und hat gerade in den letzten Jahren für den weiteren Aufstieg Deutschlands zur wichtigsten europäischen Wirtschaftsmacht gesorgt.
- d) So entschließt sich die deutsche Regierung für eine zumindest *zeitweise Aufnahme der Flüchtlinge* und Bearbeitung ihres Asylgesuchs in Deutschland unter Inkaufnahme der Kosten hierfür. Auf dieser Basis will sie die aus ihrer Sicht in Unordnung geratene und damit für sie schädliche Praxis der Flüchtlingsfrage neu angehen: innerhalb Europas und mit Blick auf die außereuropäischen beteiligten Staaten.
Mit diesem Beschluss verstärkt sie den Zustrom der Flüchtlinge sogar, denn auf Basis dieser Meldung machen sich jetzt noch mehr auf den Weg, in der Hoffnung, dass sie in Deutschland – diesem aus ihrer Sicht vorbildlichen Staat, der gleichzeitig ökonomisch stark und politisch friedfertig ist – zumindest ihr zeitweises Überleben hinkriegen können.

5. „Willkommenskultur“ – aus der Not eine Tugend machen

a) *Die neue deutsche Flüchtlingspolitik*

Zeitweise Aufnahme der Flüchtlinge und gleichzeitige Verschärfung der Asylrechtsverfahren und der Bemühungen, die Außengrenzen wieder effektiv dicht zumachen, sind also kein Widerspruch, sondern gehören zusammen als Bestandteile einer Bereinigung der eingetretenen Mängel und Neuregelung der europäischen Flüchtlingspolitik.

Nach außen:

- *Frontex, Easo, Europol, Schlepper-Bekämpfung durch Militär – alle werden mit neuen Mitteln versorgt und sollen ihre Aufgabe besser erfüllen;*
- *Deutschland will die gesamte EU zu neuer Einigkeit zwingen.* Dazu gehört eine gewisse Selbstkritik in der Frage, dass man die Südländer bisher mit dem Problem zu sehr allein gelassen hat. Jetzt soll eine gemeinsame Aufnahme und -regelung gelten – auch gegen das Widerstreben vor allem der östlichen EU-Staaten (Konferenz der Innenminister, Streit um die Menge und die Quoten); als Wiederbelebung der Dublin-Regelung sollen „Hotspots“ in Griechenland, Italien, Bulgarien eingerichtet werden, die durch die EU finanziert und teilweise auch mit Personal ausgestattet werden: zentrale Registrierungs- und Aufnahmezentren, von denen aus die Flüchtlinge dann europaweit weiterverteilt werden. Das ist zugleich ein weiterer Schritt darin, in die souveränen Entscheidungen dieser Staaten europäisch (sprich: deutsch) hineinzuregieren.
- *Die Nicht-EU-Länder an den EU-Außengrenzen sollen ihre Funktion, die Flüchtlinge von Europa fernzuhalten, wieder besser erfüllen.* Das zielt insbesondere auf die Türkei, mit der die BRD deshalb ein neues Abkommen abgeschlossen hat (sie erkennt damit diplomatisch die Bedeutung der Erdogan-Regierung an, erklärt die Türkei trotz ihres neuen Kriegs gegen die Kurden und gegen Syrien zu einem sicheren Herkunftsland, zahlt der Türkei mehrere Milliarden für ihre Flüchtlingslager und verspricht erneut Visafreiheit).
- *Die Aufnahmeländer im Nahen Osten sollen mehr Geld bekommen.*

- *Fluchtursachen „vor Ort“ bekämpfen* = aus dem Flüchtlingsproblem folgert die deutsche Regierung, dass mehr außenpolitischer Einsatz Deutschlands in aller Welt nötig ist (Merkel-Rede!). In diesem Sinne finden neue diplomatische Bemühungen Deutschlands statt: Deutschland hält den USA zumindest verklausuliert vor, dass ihre Außenpolitik im Nahen Osten mehr Unordnung als Ordnung, und damit vor allem Flüchtlinge produziert. Der deutsche Außenminister will die an den Kriegen beteiligten Araber-Staaten Saudi-Arabien, Kuwait und Katar in diesem Sinne beeinflussen usw. usf. Und explizit behält sich Deutschland auch militärische Ordnungseinsätze als Option vor.

„Hilfe für Flüchtlinge“ heißt für Deutschland also ganz buchstäblich: ein einziger Auftrag zu mehr deutscher Einflussnahme in der EU wie in der ganzen Welt.

Die folgenden Punkte haben wir noch nicht geklärt.

Willkommenskultur nach innen:

- *Die zeitweise Aufnahme der Flüchtlinge ist ein nationaler Kraftakt.* Merkels „Wir schaffen das“ nimmt die ganze Nation dafür in Haftung und betont, dass Deutschland so reich und so gut organisiert ist, dass es diesen Kraftakt meistern wird.
- *Schnelle gesetzliche Neuregelung der Asylverfahren:* drei Balkanländer werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt – so geht ein großer Teil der Sortierung von Asylberechtigten und „Wirtschaftsflüchtlingen“ zukünftig schneller; schnellere Eingliederung in den Arbeitsmarkt für diejenigen, die aufgenommen werden; Diskussion über die Einrichtung von „Transitzonen“ an den Grenzen, die die Sortierung beschleunigen sollen.
- *Ehrenamtliche Hilfe* verbilligt die anfallenden Kosten und wird deshalb mobilisiert und in Anspruch genommen.
- *Als „Kollateral-Nutzen“* wird ausgemacht: Flüchtlinge aller Art sind auch nützlich für unsere Wirtschaft, ob als Fachkräfte und Akademiker oder als ungelernete, die für die unbeliebten und schlecht bezahlten Funktionen wie Pflegekräfte bereit stehen könnten. Viele junge Leute tun auch dem deutschen Demographie-Problem gut... so betrachtet, sind die Flüchtlinge zwar für's erste eine Last, insgesamt aber eine tolle Chance für Deutschland.

b) Willkommenskultur als ideeller nationaler Akt

- Deutschland „hilft“ – „wir“ alle helfen
- Rassismus gehört sich nicht
- Regierung hat über Zulassung und Sortierung zu entscheiden
- Flüchtlinge beweisen, wie gut es uns geht – soziale Unzufriedenheit: „Schnauze!“

6. Die Bürger und ihr gesundes Volksempfinden

- Viele zweifeln am Sinn dieser Entscheidung: Hilfe für „Fremde“ statt Hilfe für gute Deutsche!
- Die guten Deutschen helfen und sind von sich und ihrem Land begeistert, zumal sie sich auch viel Nützliches von den Flüchtlingen erwarten.
- Den bisherigen Kritikern der „inhumanen Flüchtlingspolitik“ fällt nur „zu wenig, zu spät“ ein.